

# Erste Durchführungsbestimmung zur Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik

vom 5. Juni 1968

(GBl. II S. 392)1

Vorbemerkung: Vgl. hierzu auch die Gemeinsame Anweisung des Ministers der Justiz und des Präsidenten des OG vom 25. 6. 1968 i. d. F. vom 17. 3. 1969 zur Arbeitsweise der Gerichte bei der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen (Reg.-Nr. 11).

Zur Durchführung von § 340 StPO und gemäß § 339 Abs. 5 StPO wird in Übereinstimmung mit den Leitern der zuständigen zentralen staatlichen Organe folgendes bestimmt:

## I

### Anwendungsbereich

#### § 1

(1) Die Durchführungsbestimmung regelt

1. die Aufgaben der Gerichte bei der Einleitung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen
2. die Verwirklichung der Strafen ohne Freiheitsentzug, der Zusatzstrafen und anderer gerichtlicher Maßnahmen und Verpflichtungen.

(2) Gerichtliche Entscheidungen im Sinne dieser Durchführungsbestimmung sind Urteile in Strafsachen, ihnen gleichgestellte Beschlüsse und Beschlüsse zur Verwirklichung von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit.

## II

### Einleitung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen

#### § 2

#### Zuständigkeit

(1) Für die Einleitung der Durchsetzung von gerichtlichen Entscheidungen ist das Gericht erster Instanz zuständig.

1. In Kraft getreten am 1. 7. 1968.